

# Im Blickpunkt

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Nord  
71. Jahrgang **Dezember 2019**



Der Knüller:

Biologisch abbaubare Weihnachtskugeln!

Na denn - eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

SPD E-Nord online: [www.spd-eimsbuettel-nord.de](http://www.spd-eimsbuettel-nord.de)

# TERMINE

## Vorstandssitzung:

**Dienstag**, den **3. Dezember 2019** und am **7. Januar 2020**, jeweils um **19.30 Uhr** in der AG Kinder- und Jugendschutz HH, Hellkamp 68, Zugang Clasingstraße

## Infostand:

**Samstag**, den **7. Dezember 2019** und am **4. Januar 2020**, jeweils ab **10.30 Uhr**, am Wochenmarkt Grundstraße

## Weihnachtsfeier des Distriktes:

**Freitag, 6. Dezember, 18.00 Uhr** im AWO-Aktivtreff Stellingen, Jugendstraße 11



*Wir wünschen allen Lesern  
ein frohes und friedliches Weihnachtsfest  
und einen guten Rutsch ins neue Jahr*



## Geburtstage:

Einen herzlichen Glückwunsch allen Geburtstagskindern im Dezember 2019, besonders denen ab 60 Jahre:

Bernd Brodde wird am 3. Dezember 86 Jahre alt

Klaus Grotevent wird am 21. Dezember 63 Jahre alt

Susanne Kondoch-Klockow wird am 22. Dezember 66 Jahre alt



Wir trauern um unsere Genossen

**Burchard Bösche**, 14.09.1946 bis 23.10. 2019 (*Nachruf auf Seite 7*)

**Hans-Georg May**, 25.05.1938 bis Oktober 2019

## Service

Bei Interesse an Infos aus Eimsbüttel-Nord bitte mailen an:  
[kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de](mailto:kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de)

Infos zur AG 60plus bei Annegret Ptach, Tel. 040 / 851 29 71

Infos zur Juso-Gruppe Eimsbüttel Nord/Süd bei Katharina Telljohann,  
Tel. 01516 4304763

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde der SPD in Eimsbüttel,

Wieder geht ein Jahr zu Ende. Ich habe das Gefühl, dass die Zeit immer schneller rennt. Was haben wir erlebt, was ist geschehen? Die populistischen Politiker mit ihren großen Reden ernten immer noch Zuspruch und auch noch die Resonanz der guten Wahlergebnisse.



Wir sagen zu selten, was gut ist und welche Verbesserungen wir erreicht haben. Bei dem Vergleich der Vorhaben aus dem Bundestagswahlprogramm der SPD von 2017 mit dem, was inzwischen umgesetzt wurde, gibt es sehr positive Veränderungen für viele. Doch wir reden und berichten bisher zu wenig darüber. Die Aufzählung ist durchaus lang und sehr ansehnlich.

Manche unserer Mitbürger sind in einer wirtschaftlich schlechteren Lage als der Durchschnitt, es hat und wird weitere positive Veränderungen gegeben. Ich denke an die Abschaffung des Soli für viele, die Mindestrente ab 2021, Verbesserungen für Alleinerziehende, für Langzeitarbeitslose, für pflegende Angehörige, einen besseren Betreuungsschlüssel für Kitas usw..

In Hamburg hat die SPD seit 2011 sehr viele Dinge positiv verändert. Es werden endlich wieder viele Wohnungen gebaut, was vorher ein Jahrzehnt lang völlig eingeschlafen war. Die Kita-Gebühren wurden abgeschafft. Die Infrastruktur wurde mit sehr vielen Maßnahmen deutlich verbessert und es geht immer weiter voran. Es wurden soziale Erhaltungsverordnungen beschlossen, so dass die Stadt in vielen Stadtteilen beim Verkauf von Gebäuden ein Vorkaufsrecht ausüben kann, z.B. wenn vom Eigentümer eine Luxussanierung geplant ist.

**Im Distrikt:** Am 06.12.2019 ab 18.30 Uhr veranstalten wir unser Weihnachtsessen mit der Ehrung unserer Jubilare. Wir sind wieder in den Räumen der AWO in der Jugendstraße 11.

Bei Interesse an dieser Veranstaltung teilzunehmen, bitte ich um eine Nachricht oder Anruf bei mir.

Ich wünsche uns allen Glück und Gesundheit im Jahr 2020.

*Ralf Meiburg*

# Urteil des Sozialgerichtes in Gotha: Weniger als das Existenzminimum ist verfassungswidrig

Es ist etwas sehr erfreuliches für alle Menschen in Deutschland entschieden worden: Überharte und unverhältnismäßige Sanktionen für Menschen im Bezug von Leistungen nach SGB II sind verfassungswidrig. Damit belegt das Urteil, was viele Menschen in Deutschland seit Jahren spüren: Hartz IV hat zu einer Ungerechtigkeit und übermäßigen Härte des Staates gegenüber seiner Bürger beigetragen. Leider musste erst ein Leistungsempfänger vor Gericht gehen, um das für die Regierung in Deutschland greifbar zu machen, was man jedoch auch an den Wahlergebnissen unserer SPD seit 2009, 2013 und 2017 beobachten kann. Hartz IV war mal vernünftig gedacht, doch die Agenda 2010 war zu hart konzipiert, das Gesetz für viele, die auf Leistungen angewiesen sind, ein ökonomischer und vor allem sozialer Schaden. Es hat zum Vertrauensverlust der SPD-Wähler geführt. Nicht nur CDU und FDP haben in den letzten Jahren Wähler an die AfD verloren, sondern gerade auch die SPD, die älteste Volkspartei Deutschlands. Und das, obwohl die AfD eine noch härtere Sozialpolitik fordert: Die Sozialpolitik der AfD „gleicht radikalisierte FDP“, so Verdi-Chef Frank Bsirske in der WELT. Meines Wissens nach ist die AfD eine auf Rechts gebürstete FDP, und ein intellektueller Vordenker ist Jürgen Möllemann mit seinem Buch „Klartext für Deutschland“, vielleicht neben unserem Genossen Thilo Sarrazin, der mit seinen Büchern ja leider nicht nur die Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte kritisierte.

Dass Menschen Arbeitslosengeld und Sozialhilfe bekommen, ist der Grund, dass andere über dem Regelsatz verdienen, weil sonst die Jobs nicht besetzt werden können. Konnte sich Gerhard Schröder noch in Davos damit rühmen, den profitabelsten Niedriglohnsektor in der EU geschaffen zu haben, was übrigens ein ökonomischer Widerspruch ist, ist in vieler Hinsicht im Nachhinein ein europäisches Desaster. Denn dadurch wurde aus dem „kranken Mann Europas“, der Überschussweltmeister, und da die deutsche Wirtschaft zu einem sehr großen Teil das europäische Inland beliefert, sammelten wir Überschüsse Jahr um Jahr, was aber in unseren Nachbarländern Defizite waren. Eine andere Form der „Beggar the Neighbour“-Politik, was ja von Euro-Kritikern zu Recht angemahnt wird, weil eine Abwertung der jeweiligen Landeswährungen seit der Euroeinführung nicht mehr möglich ist. So haben ähnliche „Reformen“ (Das Wort „Reform“ bedeutet ursprünglich, etwas in seinen „Urzustand zurückzusetzen“, so der Philosoph Konrad-Paul Liessmann) in Frankreich neben der Erhöhung der Steuern auf Kraftstoff mit zu der Gelbwestenbewegung geführt, und in Griechenland und Italien wurden die Regierungen genötigt, die Maßnahmen der „Troika“ der EU zu unterschreiben, und haben damit den sozialen Frieden aufs Spiel setzen müssen, wodurch junge, gut ausgebildete Leute das Land verlassen mussten, um im reicheren Norden Arbeit zu finden. Letztendlich sind solche Arbeitsmarktreformen auch ein Grund, dass Lohnerhöhungen nicht wie in früherer Zeit zu einer Verteuerung von Produkten führen, weil es in einer großen Wirtschaft wie der EU immer zu Substituten kommt, und darum die Inflation im Euroraum seit langem unter 2% liegt, was wiederum die EZB-Politik bestimmt hat, und was unter Mario Draghi ja bis zuletzt zur Negativzinseinlage für Banken bei der EZB führte. Erfreulicherweise konnte sich in letzter Zeit Portugal mit einer progressiveren Politik vom Mainstream lösen und ökonomisch verbessern und Vertrauen in die Politik und die EU als Gestaltungsort zurückgewinnen.

Ja, wir müssen so weit gehen, und feststellen, dass wir für diese Politik ein Legitimationsproblem haben, denn die zugrunde liegenden Empfehlungen aus der Volkswirtschaftslehre sind mehr Religion denn Wissenschaft und die Ergebnisse fatal. Neoliberalismus ist ursprünglich ein Sonderfall aus der Neoklassik, der sich über die zugrundeliegenden Annahmen, wie keinen gesetzlichen Kündigungsschutz, Kapitaltransfer und Reisefreiheit selbst über Ländergrenzen hinweg, definiert, weil er dann den Modellen nach ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage und eine optimale Ressourcenallokation herstellt. Das ist pure Religion(!) und hat mit Wissenschaft nichts mehr zu tun. Wer das Buch von Richard Werner „Neue Wirtschaftspolitik“ (2007) gelesen hat, der weiß, dass die Wirtschaftspolitik Chinas sich an der Japans orientiert, und die Japans orientiert sich wiederum an der Wirtschaftspolitik Deutschlands vor dem 1. Weltkrieg. Der „Reichtum der Nationen“ von Adam Smith wurde auch schon mal als Propaganda des British Empire bezeichnet, um Handel mit Kronkolonien zu fördern und zu zementieren.

Das Sozialgericht im thüringischen Gotha hält die Sanktionen für verfassungswidrig. Denn Betroffenen bleibe dann weniger als das Existenzminimum. Der Staat lasse Menschen in soziale Isolation, Krankheit, Schulden und Obdachlosigkeit abgleiten. Die Richter setzten daher das bei ihnen anhängige Verfahren aus, um die Vorschriften in Karlsruhe überprüfen zu lassen.“, so der Absatz aus der sehr ausführlichen Mitteilung des Verlages C.H.Beck (Die gesamte Meldung kann unter <https://rsw.beck.de/aktuell/meldung/bverfg-hartz-iv-sanktionen-teilweise-verfassungswidrig> nachgelesen werden).

Eine 30% Kürzung des Regelsatzes sind die Grenze. Allerdings sind die bisherigen Regeln wohl noch anwendbar. Dennoch begrüßte unser Arbeitsminister Heil das Urteil. Es biete eine "Riesenchance", den gesellschaftlichen Konflikt um die Arbeitsmarktreformen zu befrieden, sagte er. Und es besteht für die SPD die Chance, in der weiterabreitenden Groko die Grundsicherung neu auszugestalten. Für uns ist dies der unbedingte Aufruf, nun neue Anträge zu schreiben und eine sozialere Politik mitzugestalten. Ein klares Votum also sich zu engagieren!

Und im SPD-Newsfeed zum Bundestag steht gerade, dass die Grundrente kommt. Keine Bedürftigkeitsprüfung!

"Der Knoten ist geplatzt - das ist gut. Wir haben immer gesagt, dass die Lebensleistung der Menschen im Mittelpunkt stehen muss. Ich bin unserem Verhandlungsteam rund um Arbeitsminister Hubertus Heil und Vizekanzler Olaf Scholz sehr dankbar. Sie haben sich nicht beirren lassen. Sie sind standhaft geblieben - Rente statt Fürsorge, keine Bedürftigkeitsprüfung. Eine Grundrente, die ihren Namen verdient, steht. Vor allem Frauen profitieren von ihr, das ist ein weiterer sozialpolitischer Meilenstein. Hinzu kommt, dass wir bei den Betriebsrenten in Hinsicht Doppelverbeitragung alle besser stellen. Das stärkt die betriebliche Altersvorsorge.“, so das Statement von Fraktionsvizin Katja Mast. "Eine Grundrente, die ihren Namen verdient, steht", freut sie sich nach der Einigung der Koalition. Die Lebensleistung der Menschen steht im Mittelpunkt. Ich finde, das ist ein wegweisender Schritt!

*J.A.Dennis Gehrman*

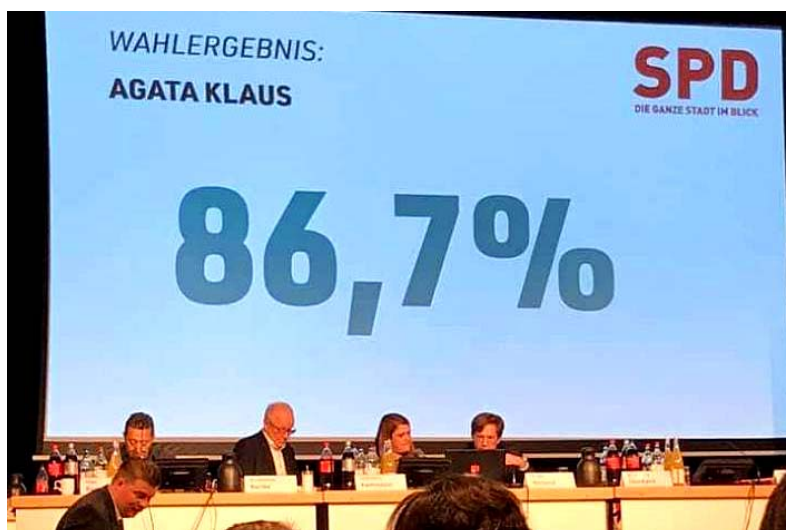


## SPD beschließt Landesliste zur Bürgerschaftswahl

Bei der Landesvertreterversammlung am 02.11.2019 beschloss die SPD Hamburg die Kandidaten für die Landesliste zur Bürgerschaftswahl, die am 23.02.2019 stattfindet.

Auf Platz 1 wurde Peter Tschentscher mit einem Ergebnis von 99.5 Prozent gewählt. Auf den weiteren Plätzen folgen die Landesvorsitzende und Sozialsenatorin Melanie Leonard und der Fraktionsvorsitzende Dirk Kienscherf. Der Kreisvorsitzende von Eimsbüttel, Milan Pein, kandidiert auf Platz 5. Für den Distrikt Eimsbüttel-Nord kandidiert Agata Klaus auf Platz 32, die von den Delegierten 86,7 Prozent der Stimmen erhielt. Im Wahlkreis 6, zu dem die Stadtteile Eidelstedt, Stellingen und Eimsbüttel-West gehören, kandidieren hinter der derzeitigen Bürgerschaftsabgeordneten Martina Köppen, Gabor Frese auf Platz 2 und Hannelore Köster auf Platz 5 aus dem Distrikt Eimsbüttel-Nord. Bei der Bürgerschaftswahl können die Stimmen für die Landesliste und im Wahlkreis auch an Einzelpersonen vergeben werden.

Ihr inhaltliches Programm beschloss die SPD Hamburg am 30.11.2019 im Bürgerhaus in Wilhelmsburg. In ihrem Regierungsprogramm kündigte die SPD bewährte Themen, wie ein verstärkter Wohnungsbau und 365 Euro Ticket für Auszubildende an. Außerdem kündigte die SPD an, dass Hamburg bis 2050 Klimaneutral und Vorreiter in der Digitalisierung wird.



Mit Spannung wurde für den Parteitag die Entscheidung zu einem Antrag der SPD Altona erwartet. Der Kreis Altona fordert darin ein 365 Euro Jahresticket für alle nach dem Wiener Modell: Berechnungen zufolge würden die Kosten bei 400 Millionen Euro jährlich liegen. Eine Entscheidung stand bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht fest. Auch beschäftigte sich die SPD auf ihrem Landesparteitag mit Fragen zum nachhaltigen und kostengünstigeren Wohnungsbau. --> Seite 7

Zudem wurden ein Landesmindestlohn von 15 Euro und der Rückkauf ehemaliger Städtischer Krankenhäuser gefordert.

Die 6 Landesdelegierten der SPD Eimsbüttel-Nord tauschten sich am 27.11.2019 bei der Sitzung im offenen Kreisvorstand der SPD Eimsbüttel aus, in der das Regierungsprogramm vorgestellt wurde.



*Gabor Frese (Text und Fotos)*

## Nachruf

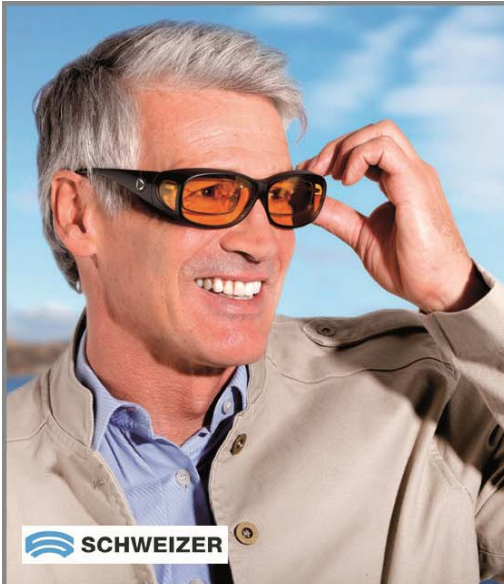
### **Burchard Bösche**

\* 14. September 1946 in Martfeld-Loge; † 23. Oktober 2019 in Hamburg

Erst vor kurzem bedankten wir uns bei Burchard für seine lange Mitgliedschaft in der SPD. Heute müssen wir uns verabschieden. 50 Jahre kämpfte er an der Seite der SPD und hinterlässt eine große Lücke. Burchard Bösche war durch und durch Gewerkschaftler, Rebell und vor allem ein Lokalpatriot. Als wahrer Stellingener hat er sich immer für den Stadtteil stark gemacht und sich in Fragen des Verkehrs, insbesondere der Kieler Straße, mit der Verwaltung angelegt. Unvergessen wird bleiben, wie er sich mit anderen Stellingener Bürgerinnen und Bürgern mit einer Petition an Königin Margrethe II. von Dänemark wandte, um darum zu bitten, das ehemals dänische Dorf Stellingen in der Auseinandersetzung mit dem Hamburger Senat um die Verkehrsberuhigung, im Kampf gegen den wachsenden Verkehrsmoloch zu unterstützen. Höchstpönlich sollte die Petition von einer Stellingener Delegation im Kopenhagener Schloss Amalienborg übergeben werden. Leider war die Königin in Urlaub, so dass die Petition, ergänzt um ein Buch über die Geschichte Stellingens nur in den Briefkasten des Hofmarschalls geworfen werden konnte. Die Königin ließ allerdings ausrichten, dass sie nicht mehr für Stellingen zuständig sei. Das Buch über Stellingen aber wurde der königlichen Büchersammlung beigelegt.

Auch in der Gewerkschaft hat er sich stets engagiert und sein Wissen in die Partei eingebracht. Wer im Jahr 1968 in die SPD eingetreten ist, hat vieles aus unserer Partei- und Gewerkschaftsgeschichte zu berichten. Nach seinen wilden Jahren war er 20 Jahre aktiv für die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, der einzigen Gewerkschaft, die den Genuss schon im Namen hat. Es folgten zehn Jahre Vorstandsmitgliedschaft im Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften. Zuletzt leitete er das Hamburger Genossenschaftsmuseum der Heinrich-Kaufmann-Stiftung. Burchard bewahrte Geschichte – nicht nur als Autor und Herausgeber etlicher Bücher. Stark gemacht hat er sich auch für den Stegemannplatz, benannt nach dem Stellingener Maler Heinrich Stegemann.

Wir werden ihm ein aufrichtiges Andenken bewahren und danken ihm für alles. Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Hinterbliebenen.



# OPTIKDANIEL

*hingucken ... reinschauen ... durchblicken*

## **Spezialbrillen bei Altersbedingter Makuladegeneration (AMD)**

Wir sind spezialisiert auf Menschen mit altersbedingten Sehbeeinträchtigungen und nehmen uns gerne Zeit für Sie.

**Jetzt Termin vereinbaren! Tel. 040 - 40 87 01**

**Osterstraße 136 | 20255 Hamburg-Eimsbüttel**

## **Kennen Sie schon unseren AWO-Aktivtreff?**



Aktivtreff Stellingen

Jugendstraße 11, 22527 Hamburg

Tel: 040 5407101, mobil 0151 23064611

Ansprechpartnerin: Annegret Ptach



## **SPD Eimsbüttel-Nord** (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Straße 1, 20144 Hamburg)

Vorsitzender:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Stellvertreter/-in:	Agata Klaus	Tel. 0170/4904824
	Gabor Frese	Tel. 0178/9101428
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 0176/35445342
	Rolf Polle	Tel. 850 77 43
Bezirksversammlung:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Kerngebietsausschuss:	Hannelore Köster	Tel. 0176/49547834
	u. Ralf Meiburg	

Internet:

[www.spd-eimsbuettel-nord.de](http://www.spd-eimsbuettel-nord.de)

E-Mail:

[kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de](mailto:kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de)

Bankkonto SPD Eimsbüttel-Nord:

IBAN: DE38500333001244008900, BIC: SCFBDE33XXX, Santanderbank

HERAUSGEBER: SPD Eimsbüttel-Nord  
Hamburg - Verantwortlich für Inhalt und  
Anzeigen: Dirk Schlanbusch

Diese Ausgabe wurde produziert und gefaltet mit  
freundlicher Unterstützung von **ADUPUC GMBH -  
PRINT- & COPYHAUS**, Grindelallee 32, 20146 HH